

BastA!

Basels starke Alternative

ALTERSVORSORGE 2020

Rentenreform 2020 – mehr Vogelstrauss als Blick nach vorn



Bei der Rentenreform handelt es sich nicht, wie uns die Berürwörter*innen weismachen wollen, um eine insgesamt gute Reform, die eine einzelne bittere Pille mit sich trägt (Erhöhung des Frauenrentenalters). Sondern es ist ein sozialpolitisches Abbaupaket, verpackt in „linkem Marketing“.

Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass dort eines der schlimmsten Abbaupakete unter Rot-Grün im vorläufigen Einvernehmen mit den Gewerkschaften durchgesetzt wurde – die Hartz-Reformen. Es zeigt sich, dass Aspekte des deutschen Abbaupakets und AV2020 nicht nur Überschneidungen im Politmarketing haben, sondern auch inhaltliche Übereinstimmungen aufweisen.

Wem nutzt die Reform?

Am deutlichsten wird dies bei der Senkung des Koordinationsabzugs bzw. der Eintrittsschwelle der beruflichen Vorsorge. Mit der Rentenreform müssen auch Menschen in Teilzeitpensen und mit Tiefstlöhnen in die Pensionskasse einzahlen. Damit erhalten sie zwar Pensionskassenansprüche, die sie zuvor nicht hatten, doch erhöht sich ihre Gesamtrente im Alter nicht, weil ein

Jahreslohn von 50.000.- keine existenzsichernde Rente garantiert. Sie müssen weiterhin mit Ergänzungsleistungen aufstocken, haben aber über den gesamten Verlauf ihrer Erwerbsbiographie deutlich weniger Nettolohn. Die Reform stärkt hier also nicht, wie immer behauptet wird, die Frauen und die kleinen Einkommen, sondern ermöglicht Bund und Kantone auf Kosten der Arbeitnehmenden zu sparen.

Zum Mythos «Frauen und die Ärmsten gewinnen»

Wer im Alter aufgrund tiefer Löhne, Erwerbsunterbrüchen oder Teilzeitarbeit auf Ergänzungsleistungen angewiesen ist, zahlt mit der Reform nur drauf (Lohnabzüge, Mehrwertsteuer). Auch die berühmten 70.-AHV-Erhöhung kommen bei den Menschen mit tiefen Löhnen und Renten nie an. Was sie zusätzlich an AHV bekommen, wird ihnen direkt von den Ergänzungsleistungen abgezogen. Aktuell beziehen rund 12,5% der AHV- Rentner*innen Ergänzungsleistung, Tendenz steigend. Fast zwei Drittel davon sind Frauen.

weiter auf Seite 3

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Seite 2

Neuer BastA!-Grossrat im Gespräch



Digitalisierung:

Big brother is watsching you



Lasst uns über Gewalt sprechen. Zur Diskussion um G20

Dienstag, 12. Sept.

Koordination

Samstag, 16. Sept. Claramatte

Lauf gegen Grenzen

Samstag, 23. Sept., Liestal

Kongress: Gesellschaft im digitalen

Zeitalter Mehr Infos S. 5

Sonntag, 24. Sept.

Abstimmungssonntag

Montag, 25. Sept.

Koordination

14. und 15. Okt.

Rhetorikworkshop

Anmeldung: Sekretariat@basta-bs.ch

Dienstag, 17. Okt.

Koordination

Montag, 30. Okt.

Koordination

Montag, 13. Nov

Koordination

Montag, 27. Nov

Koordination

Montag, 11. Dez.

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das Basta!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei Basta! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 03/2017

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Neuer BastA!-Grossrat Oliver Bolliger im Gespräch



Oliver, du wirst im Oktober für Anita Lachenmeier, die zurücktritt, in den Grossen Rat nachrücken. Du bist Leiter des Beratungszentrums der Suchthilfe Region Basel und Vater von drei Töchtern. Ehrenamtlich bist du als Nachwuchstrainer in der Leichtathletik bei der LAS Old Boys Basel und im Marketingteam des Jugendzirkus 'Robiano' engagiert. Freust du dich auf deine zusätzliche Aufgabe als Parlamentarier?

Ja, ich freue mich sehr und ich habe gar nicht mehr damit gerechnet. Ich habe mich im Wahlkampf sehr eingesetzt und es freut mich, dass es nun doch noch geklappt hat. Das Mandat hat zur Folge, dass ich mein Engagement im Nachwuchs-Training in der Leichtathletik ein wenig reduzieren werde. Ganz aufgeben werde ich dies aber nicht – die Arbeit mit den AthletInnen gibt mir sehr viel Positives zurück. Natürlich ist es mir auch ein grosses Anliegen, dass ich auch noch genügend Zeit für meine Familie habe.

Du hast dich für eine Lockerung des Alkoholverbots in Jugendhäusern stark gemacht. Welche Haltung vertrittst du in der Frage der Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums?

Ich bin für eine Legalisierung des Cannabis-Konsums, wenn er mit einem aktiven Jugendschutz verbunden wird. Das bestehende Verbot macht keinen Sinn und hindert niemand daran zu kiffen – dies kann ich mit meiner 15-jährigen Erfahrung in der Suchtarbeit klar und deutlich sagen. Im Gegenteil, die Illegalität der Substanz nutzt nur dem Schwarzmarkt und führt dazu, dass Konsu-

mentInnen keine Ahnung haben, was sie überhaupt rauchen. Cannabis hat oft einen viel zu hohen THC-Gehalt, ist mit Schwermetallen verseucht und wird teilweise manipuliert hergestellt. Wenn Biobauern Cannabis anpflanzen könnten und der Staat Lizenzen an Verkaufsstellen abgeben würde, wäre dies auch aus schadensmindernder Perspektive ein grosser Vorteil und wir könnten zudem, wie beim Tabak und Alkohol, Einnahmen generieren.

Dein Themenspektrum beschränkt sich aber keineswegs auf Fragen des Umgangs mit Drogen. Welche weiteren Anliegen sind dir besonders wichtig?

Die Soziale Frage ist mir natürlich als Sozialarbeiter von grosser Wichtigkeit. Die Armut muss bekämpft und die negativen Auswirkungen aufgefangen werden. Armut erzeugt neue Armut und benachteiligt die Integration und die Bildungschancen der betroffenen Familien. Die Erhöhung der Chancen auf Bildung, Arbeit, Partizipation und Gesundheit aller Bevölkerungsschichten ist mir ein grosses Anliegen. Zudem muss der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen vereinfacht werden. Personen mit Sozialhilfe oder einer IV-Rente stehen unter grossem Druck, und die Verwaltungen sind teilweise mit riesigen bürokratischen und ausgrenzenden Hürden bespickt. Dies war auch ein Grund, weshalb ich für das bedingungslose Grundeinkommen gestimmt habe. Neben dem Einsatz für ein soziales Basel und eine gerechtere Gesellschaft liegen mir auch die Umwelt und das Klima am Herzen. Es braucht einen viel grösseren politischen Einfluss auf die Wirtschaft und

die Weltkonzerne, damit unsere Welt nicht in Umweltkatastrophen, Krieg und Hunger versinkt.

Du warst schon in deiner Jugend politisch links engagiert, wenn auch nicht im parlamentarischen Bereich. Vor ein paar Jahren hast du dich entschieden, BastA! beizutreten. Was gab den Ausschlag für diesen Schritt?

In meiner Jugend habe ich mich in der Schülerbewegung für das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen und gegen Rassismus und Ausbeutung engagiert. Beim 2. Golfkrieg bin ich dann der damaligen SAP beigetreten und baute die Bewegung Solidarität mit auf – schon damals habe ich jeweils als Listenfüller auf der Liste 8 kandidiert. BastA! versucht als Partei die parlamentarische Arbeit mit den sozialen Bewegungen zu verbinden, und dies finde ich persönlich sehr wichtig – auch wenn es nicht immer so einfach ist. Die klare linke Positionierung und das Zusammendenken der sozialen mit der ökologischen Frage, sind die Gründe weshalb ich BastA! beigetreten bin.



Oliver Bolliger beim Lauf gegen Grenzen 2016, Foto: Mariann Gloor

Wir wünschen dir als Grossrat viel Durchsetzvermögen und hoffentlich auch ab und zu Erfolg. Mach's gut!



Das Interview führte Martin Flückiger

Fortsetzung Seite 1

Pensionskassen – ein ungerechtes System

Die Pensionskassen sorgen nicht nur in Basel regelmässig für Unmut, weil sie sich profit-maximierend auf dem Immobilienmarkt verhalten und Mieter*innen auf die Strasse stellen. Das Pensionskassenvermögen richtet auch grossen Schaden an, indem mit Nahrungsmitteln spekuliert und in Rüstung investiert wird. Ungerecht ist zudem, dass die unbezahlte Arbeit von Frauen bei den Pensionskassen nicht anerkannt wird – im Gegensatz zur AHV, welche die Betreuungsarbeit anrechnet und deshalb Frauen und Männern gleich hohe Renten auszahlt.

Mit der Senkung des Umwandlungssatzes verlieren die künftigen Pensionierten 12% ihrer Rente. Für sich selber zwacken die Kassen aber weiterhin grosszügig ab: Für Reserven, Rückstellungen und freie Mittel stehen den Pensionskassen insgesamt 85,9 Milliarden Franken zur Verfügung. Das heisst: Fast 11 Prozent der Bilanzsumme kommen nicht direkt den Versicherten zugute.

Falsche Prognosen

Die pessimistischen Prognosen des Bundesamts für Sozialversicherungen zur AHV waren bis jetzt falsch. 1995 prognostizierte es für 2010 ein Defizit von 3.7 Mia Franken. Es gab jedoch einen Überschuss von 1,9 Mia. Und auch 2016 wurden 2.1 Mia Gewinn erwirtschaftet. Das an die Wand gemalte Horrorszenario „Demografischer Wandel“ hält der Realität nicht stand und

kann nicht als Grund für eine Rentenverschlechterung herhalten.

Trauschein gewichtiger als Betreuungsarbeit

Unsere AHV verteilt super um. Nicht nur, weil die Renten nach oben begrenzt sind, sondern auch, weil Frauen trotz Lohnungleichheit gleich viel AHV beziehen wie Männer. Die Stärkung der Ehepaarrente bedeutet nun aber einen Schritt zurück. Während alleinlebende Neurentner*innen maximal 70.- mehr erhalten – falls sie keine Ergänzungsleistungen beziehen –, steigt die Vollrente gutverdienender Ehepaare um 225.-, also um den dreifachen Betrag. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Ehepaar Kinder hat oder nicht.

Länger arbeiten? – Nein Danke!

Wer hofft, mit dieser Reform das Rentenalter 67 zu verhindern und die Alternative des kleineren Übels zu wählen, übersieht, dass die AV2020 gerade den Weg dahin vorspart. Ist das Frauenrentenalter erst mit Unterstützung von SP und Gewerkschaften erhöht, steht das nächste Reformpaket in der Pipeline. Wer das bestreitet, hat die Salami-taktik der letzten Jahre verschlafen.

Dabei ist es mit Blick auf die Digitalisierung der Erwerbsarbeit und auf die anstehende Umgestaltung und Verlagerung der Produktionsstandorte mehr als unsinnig, die Lebensarbeitszeit für die Hälfte der Bevölkerung zu erhöhen. Der drohenden Arbeitslosigkeit besonders ab 55+ wird nichts entgegengesetzt – im Gegenteil. Unternehmen reissen sich schon heute nicht darum,

soziale Verantwortung zu übernehmen. Sie werden das auch nicht für 64-jährige Frauen tun. Damit stossen wir also lediglich mehr Leute in die Erwerbslosigkeit und erzeugen neue Beitragslücken, die einer Rentenkürzung gleichkommen.

Diese Reform nützt nicht denen, denen sie vorgibt zu nützen. Es ist eine Reform, die in die falsche Richtung umverteilt, kleine Einkommen härter trifft als grosse und die Frauen benachteiligt.

Wir Frauen sind es ja gewohnt dort einzuspringen, wo es Unterstützung braucht. Wir sind es gewohnt anzupacken, wenn andere Solidarität und Unterstützung brauchen. Nicht umsonst werden zwei Drittel der unbezahlten Arbeit von Frauen geleistet. Diese Reform missachtet all das. Die Gleichstellung, die sie vorgibt zu schaffen, ist eine Verschärfung der Ungleichheit, und es ist milde gesprochen moralisch verwerflich, Alleinerziehenden oder Menschen, die im Tieflohnbereich arbeiten, diese Reform als Erfolg für sie zu verkaufen.

BastA! empfiehlt: NEIN zur Rentenreform



Tonja Zürcher, Heidi Mück, Franziska Stier

2017 - Big Brother is watching you



Es gibt viele Aspekte in George Orwells Dystopie 1984, die ich mit heute vergleichen könnte, sei es gesellschaftlich, politisch oder was die Medien betrifft, und einiges davon wäre wahrscheinlich auch umstritten. Hier möchte ich mich im Rahmen der Digitalisierungsdiskussion aber den theoretischen und praktischen Möglichkeiten der Überwachung widmen, die ohne die technische Entwicklung so nicht möglich wären.

Das Auge des Gesetzes

In "1984" sind die Überwachungskameras allgegenwärtig, in der Form von Telecreens, die gleichzeitig auch noch Informationen bzw. Propaganda ausliefern. Wir haben heute an vielen Stellen fix installierte, öffentliche Überwachungskameras, dazu kommen Kameras in vielen Geschäften, teilweise tragen Polizisten Bodycams und an Demonstrationen werden regelmässig auch grosse Kameras aufgestellt. Zusammen mit den heutigen Möglichkeiten der automatisierten Gesichtserkennung und den digitalisierten Fotos, die wegen der ID heute nicht mehr nur von polizeilich registrierten Personen existieren, kann man automatisiert verfolgen, wer wann wo ist bzw. war.

Wir helfen fleissig mit

Über mobile Kameras und Mikrophone, die 80% von uns freiwillig als Smartphones oder Laptops mit herumtragen, leisten wir unseren eigenen Beitrag zur Überwachung. Es ist zwar nichts ungewöhnliches mehr, wenn man über einer Laptop-Kamera einen Kleber sieht, aber auf einer Handy-Kamera kommt das selten vor. Zudem schützt ein Aufkleber vor der Aufnahme von Gesprächen nicht.. Dabei muss die Überwachung nicht zwingend von Apple, Google oder dem Hersteller der Hardware ausgehen, es gibt voraussichtlich jede Menge nicht öffentlich bekannte Sicherheitslücken, die

von Staaten oder anderen Interessierten genutzt werden können, um auf die Daten und Funktionen zuzugreifen.

Wo bist du gerade?

Für die Bewegungsprofile, die ich schon erwähnt habe, gibt es auch deutlich einfachere Methoden, als Kameras und Gesichtserkennung. Angefangen mit den Handys, die über GPS metergenau geortet werden können, aber auch, wenn GPS nicht genutzt werden kann, wählen sich alle Mobiltelefone kontinuierlich bei den Mobil-Antennen ein und aus, sodass jederzeit bekannt ist, in welcher Region sich das Telefon befindet. Gemäss den gesetzlichen Grundlagen darf darauf natürlich nicht jeder zugreifen. Doch auch hier wird die Speicherung zum Risiko, denn es gibt kein 100% sicheres IT-System.

Neben den Mobiltelefonen haben mittlerweile viele Geldkarten einen Chip, der kontaktloses Zahlen ermöglicht. Auch der SwissPass der SBB hat einen Chip eingebaut, der sich kontaktlos abfragen lässt. Um zu registrieren, wer sich wo befindet, ist es gar nicht nötig, die Daten auszulesen, es genügt, wenn die Karte von einem Lesegerät erfasst, identifiziert und ihrer BesitzerIn zugeordnet werden kann.

Wer hat letzte Woche einen Bolzenschneider gekauft?

Geldkarten, sei das die Kreditkarte oder PostCard, sammeln bei jedem Einkauf Auskunft über unseren Konsum. In skandinavischen Ländern, in denen die Kreditkarte für fast alles verwendet wird, wird so der Konsum jeder einzelnen Person zu über 90% zentral erfasst. In der Schweiz ist diese Zahlungsart weniger üblich. Dafür geben wir unsere jeweilige Cumulus- oder SuperCard ab. Auf diese Weise schaffen wir Transparenz über unser Konsumverhalten- wenig-

stens gegenüber den Supermärkten unseres "Vertrauens".

Privatsphäre wird unterbewertet

Ein Klassiker in diesem Bereich sind die sozialen Netze, allen voran facebook. Wir hinterlegen unsere Interessen, Beziehungen, Glücksmomente und Krankheiten hier mehr oder weniger offen. Jeder Mausklick, jedes „Gefällt mir“ zu einer Seite oder einem Beitrag ist ein Puzzelstück zu unserer Persönlichkeit. Vieles davon ist sogar öffentlich verfügbar und kann problemlos ausgelesen werden. Dabei müssen wir gar nicht alles von uns explizit freigeben, aufgrund unseres Freundeskreises und unserem Verhalten kann mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch auf andere Eigenschaften wie Einkommen, politische Einstellungen oder sexuelle Orientierung geschlossen werden.

Wo ist das Problem?

Ich möchte hier nicht primär auf Auswirkungen aufmerksam machen, sondern zunächst einfach darauf, was ist. Wir (der Autor eingeschlossen) sind uns im Alltag selten bis nie bewusst, welche Daten von uns an den verschiedensten Stellen vorhanden sind oder potentiell relativ einfach gesammelt werden können. Diese ganzen Daten sind noch kein Problem, wenn sie in den richtigen Händen bleiben. Leider können wir uns nie sicher sein, dass die Daten nicht durch Machtwechsel, Böswilligkeit oder Unfähigkeit in die falschen Hände geraten.



Till Kleisli

Zukunft der Arbeit - Arbeit ohne Zukunft?

Es gibt nur wenig, dass so unnötig und gleichzeitig so intensiv beklagt wird, wie der Verlust von Arbeit. Dabei wissen wir doch, dass uns die Arbeit nie ausgehen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt viel zu viel notwendige Arbeit, bei der uns die Zeit zur Sorgfalt fehlt. Die Mütter und Väter unter uns werden das bestätigen. Aber auch andere Beziehungs- und Pflegearbeit kommt zu kurz.

Leider sind es weniger die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erfahren, sondern vielmehr die Erwerbsarbeit. Das gilt besonders für Bereiche, die der Gesellschaft mehr schaden, als nützen.

Verteilungsprobleme

So produktiv der Kapitalismus auch ist, er hat Verteilungsprobleme. Das gilt nicht nur für Güter des allgemeinen Bedarfs, wenn man sie nicht bezahlen kann. Es gilt ebenso für die Verteilung und schliesslich auch die Teilung von Arbeit.

Brecht schrieb dazu:

„Die Arbeitsteilung ist gewiss ein Fortschritt. Aber sie ist zu einem Werkzeug der Unterdrückung geworden. Wenn man dem Arbeiter sagt, er solle vor allem ein guter Autobauer sein, sagt man damit, er solle z.B. Die Festsetzung seines Lohnes ändern überlassen, die darin sich gut auskennen, guten Unternehmern oder guten Politikern. Wenn man dem Arzt sagt, er solle vor allem ein guter Schwindsuchtforscher sein, sagt man damit, er solle sich nicht um den Wohnungsbau kümmern, der die Schwindsucht erzeugt. Man ordnet die Verteilung der Arbeit so an, dass die Ausbeutung und Unterdrückung dazwischen bestehen kann, als wäre sie auch eine Arbeit, die einige zu besorgen hätten.“

Es geht also um die Trennungen von Arbeit und „Nichtarbeit“, von Produktion und Reproduktion, aber auch von Politik und Kultur als Betätigungsfelder, die nicht für alle sind. Über all dem, was gesellschaftlich notwendig ist, schwebt der Erwerbsbereich wie ein Damoklesschwert und bestimmt weite Teile unseres Miteinanders.

Teilzeit für alle!

Die wachsenden Produktivkräfte bieten Chancen für radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Doch das allein, genügt nicht. Wenn wir mit Marx sprechen und sagen, dass Arbeit das erste menschliche Bedürfnis sei, so können wir nicht die Erwerbsarbeit meinen, sondern die kulturelle und politische Gestaltung der Gesellschaft sowie die (Re-)Produktion des Lebens und der Lebensmittel. Nicht zu vergessen, der Genuss in der Betätigung selbst.

Dafür braucht es die Beteiligung aller, in allen Bereichen.

Diese Forderung ist nicht nur radikal, sondern auch unverschämt, weil sie nicht nur verlangt die Gesellschaft zu verändern, sondern auch uns darin.

Vielleicht gibt es keinen besseren Zeitpunkt Arbeit neu zu denken, als jetzt.

Franziska Stier

10-Jahre-Jubiläumsfest

«Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt» sangen die Ärzte, und an unserem Jubiläumsfest sangen dieses Lied auch unser Co-Präsidium Raffaella und Bálint zusammen mit der ur-jgblerin Tonja. Eine Hommage an das jgb, das sich nun schon seit 10 Jahren darum bemüht, dass sich auf dieser Welt was ändert. Und diese 10 Jahre wurden an diesem Abend auf dem lauschigen und grünen Landhof gebührend gefeiert. Mit Ueli Mäder machte ein weises und engagiertes Vorbild des jgbs nordwest den schönen Auftakt in eine Reihe von Reden. Ueli gelang es in wenigen Minuten, alle in den Bann zu ziehen und er liess sich die Chance nicht entgehen auch allen anwesenden aktiven, linken Politiker*Innen seine Visionen für die Linke kundzutun. Nicht die gleiche Schiene fahren wie die populistischen Rechtsparteien, sondern klare Linien ziehen, welche verständlich sind für alle.

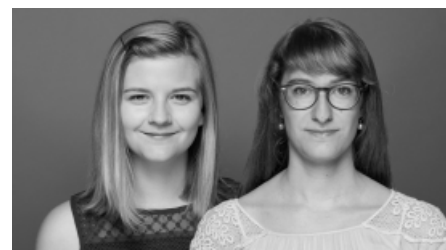
Nach Mäders Rede und der anschliessenden gemeinsamen Diskussion wurde der Aperero eröffnet. Ein Buffet aus zahlreichen, selbstgemachten Wohltaten wurde ratzfatz weggeputzt. Mit dem 100er-Club konnten sich alle Gäste und ehemalige Mitglieder beim jgb nordwest verewigen lassen. Wer dem 100er-Club noch an diesem Abend beitrug, bekam eine Urkunde unterschrieben von unserem handycapierten Co-Präsidium. Das Prinzip ist ganz einfach, um das jgb nordwest bei den vielen Aktionen finanziell zu unterstützen, kann man schon mit CHF 100.- im Jahr als Teil des 100er-Clubs seinen Beitrag leisten. Nur hundert Plätze gibt es für diesen Club - und falls noch jemand beitreten möchte, sind noch ein paar Plätze frei.

Sibel Arslan führte uns interessant durch die ersten, auch harzigen Jahre des jgbs und mit Anina wurden dann auch noch die Herzen

berührt, denn Vergil gewann nicht nur den Preis für den kreativsten Quizbeitrag, er ist auch Beweis dafür, wie das jgb Menschen zusammenzubringt.

Mit musikalischer Unterstützung der jgb-eigenen Band Lena and the boyscouts wurde das Buffet eröffnet und der Grill angeschmissen. Dazu lief eine Diashow mit Fotos der ganzen letzten Jahre und viele Erinnerungen wurden wach. Herzlichen Dank an Michelle an dieser Stelle fürs Kramen in den Archiven. Die Fotos zeigten diverse Highlights der letzten Jahre, wie etwa die Gemüseaktion quer durch die Stadt, das Blockieren eines Parkplatzes am nationalen Parking Day oder an teure Velostreifen. Das lustige und gar nicht mal so einfache jgb-Quiz, vom kreativen Victor erstellt, hatte als einziger fast ganz richtig gelöst, übrigens Marcel, der erst seit einigen Monaten beim jgb dabei ist, der nicht nur viel übers jgb weiss, sondern bereits Vorstösse schreibt.

Luzian Franzini von den jungen Grünen Schweiz überreichte dem jgb dann auch noch einen Kuchen mit Kerzen, worauf auch lautstark auf das jgb angestossen und gesungen wurde. Der schönste Kuchenbeitrag mit Chili-Logo wurde bei der Eröffnung des Dessertbuffets auch noch gewürdigt. Danke Anina und Oliver!



Jo Vergeat und Laura Schwab

ABSTIMMUNG

Parolen vom 24. September



2x NEIN zur Altersvorsorge 2020

BastA! lehnt die Reform der Altersvorsorge 2020 klar ab. Dabei spielte die Frage der Mehrwertsteuererhöhung eine untergeordnete Rolle. Grundsätzlich ist eine leichte Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV vertretbar - auch, wenn sie eine unsoziale Steuer ist. Da die Mehrwertsteuer jedoch zu Gunsten einer insgesamt unsozialen Reform erhöht wird, lehnen wir auch diesen Teil der Abstimmungsvorlage ab. Leider ist das Reformpaket neben der leichten AHV-Erhöhung vor allem ein gigantisches sozialpolitisches Abbaupaket - nicht nur für Frauen.

Aus diesen Gründen unterstützt BastA! das Referendum und wird sich auf diesen Aspekt des Abstimmungskampfes fokussieren.

Mehr Informationen im Titelbeitrag.

Gesellschaft im digitalen Zeitalter

Digitalisierung und Industrie 4.0 beschäftigen unsere Gesellschaft. Was für die einen Horrorszenerarien sind, sind für die anderen erstrebenswerte Zukunftsvisionen. Die technische Entwicklung geht also mit beidem Schwanger. Gleichzeitig werden die Diskus-

sionen nur selten aus einer bedürfnisorientierten Perspektive geführt. Vielerorts beschränkt sich die Diskussion, um Digitalisierungsprozesse auf die Erwerbsarbeit und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Doch auch im Privaten schreiten Optimierung und

Selbstoptimierung voran. Auf dieser Tagung wagen wir einen kritischen Blick auf aktuelle Entwicklungen und begeben uns auf die Suche nach den Chancen und Perspektiven einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft.



Die Tagung beinhaltet Referate und Workshops, aber auch Zeit für den persönlichen Austausch.

Programm:

10.30 Keynote Dr. Daniela Zetti (ETH Zürich) | 11.15 Grüne Politik & Digitalisierung, NR Glättli | 13.00 Workshops | 16.15 Apéro und Schluss

Die Workshops finden zu vier Themenbereichen statt:

- sozialer Wandel
- Chancen für's Klima
- Digitaler Staat
- Überwachung

Anmeldung unter:

Sekretariat@basta-bs.ch:

Weitere Infos folgen nach Anmeldung.

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

G20-Gipfel in Hamburg – Es ist Zeit, über Gewalt zu reden.

Der G20 Gipfel Anfang Juli in Hamburg hatte viele Facetten. Obwohl in den Medien fast ausschliesslich Bilder nächtlicher Ausschreitungen zu sehen waren, gab es unzählige kreative und friedliche Aktionen. Doch diese Vielfaltigkeit - von „Yoga gegen G20“ bis hin zum entschlossenen Bündnis Block G20 - fehlt in der Berichterstattung. Die so genannten „Riots“ der Nächte, für die nun alle, die sich gegen den Gipfel stellten, moralisch in Haft genommen werden, lagen ausserhalb des breit getragenen Aktionskonsenses. Gleichzeitig wird ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem jede, die sich nicht von allem distanziert, in den Verdacht gerät, selbst Autos angezündet zu haben.

Das so erzeugte Stimmungsbild wird nun – kurz vor den deutschen Bundestagswahlen – genutzt, um weitere Grundrechtseinschränkungen vorzunehmen, europäische „Linksextremistendateien“ anzulegen und in totali-

tärer Manier den Überwachungsstaat weiter auszubauen.

Was ist Gewalt?

Für viele von uns – besonders Frauen – ist Gewalt Alltag. Wir müssen nicht bis zur häuslichen Gewalterfahrung vieler Frauen gehen oder einen Blick in die Türkei unter Erdogan werfen, um zu verstehen, was Gewalt ist. Wir erleben sie tagtäglich in der Krise der Reproduktion und am Arbeitsplatz: Armut, Wohnungsnot, Angst vor dem Verlust des Jobs, Verunsicherung bezüglich der Altersrenten, Perspektivlosigkeit gerade auch vieler Jugendlicher. Wir sehen diese Gewalt aber auch in der täglichen Repression von Menschen mit Migrationserfahrung (Stichwort: Racial Profiling), im staatlichen Umgang mit Sexarbeiter*innen, Obdachlosen und Drogenabhängigen. Und besonders deutlich, daran führt kein Blick vorbei, sehen wir die Gewalt im Mittelmeer, bei dessen Überquerung Tausende ertrinken.

Wer sind die Gewalttäter?

Diese Gewalt wird aktiv ausgeübt, von Herrschenden wie Trump, Erdogan oder Merkel (um nur einige zu nennen). In den Worten Naomi Kleins zusammengefasst: Sie sind die Vandalen. Sie zünden keine Autos an. Sie setzen den ganzen Planeten in Brand.

Wer so wie die G20 Länder Gewalt ausübt und sich moralisch über das Schanzenviertel und die dort ausgeübte Gewalt empört, macht sich lächerlich. Zumal die Bundesrepublik und die Stadt Hamburg, allen voran Hartmut Dudde und Olaf Scholz, alles Erdenkliche getan haben, um die Gewaltspirale in Gang zu setzen.

Unveräusserliche Grundrechte wurden im Rahmen des Gipfels ausser Kraft gesetzt. Während Hamburgs Bevölkerung unter Bewegungseinschränkungen, Polizeipräsenz, Hubschrauberlärm und permanenter Überwachung litt, wurden die Konsequenzen für die Schweizerinnen und Schweizer mit dem

Reiseantritt im Sonderzug deutlich. Auch die Pressefreiheit endete für die Tageswoche am Badischen Bahnhof. Für 32 andere JournalistInnen schliesslich in Hamburg, mit dem Entzug ihrer Akkreditierungen.

12000 TeilnehmerInnen der „Welcome to hell“ Demo am Donnerstagabend wurde ihr Demonstrationsrecht entzogen, wegen einer Bagatelle. Auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit wurde Hunderten entzogen. Dabei sind es genau diese unveräußerlichen Rechte, die unsere Demokratien zu vergleichsweise fortschrittlichen Lebensräumen machen.

Wenn die Polizei zum Feind der Demokratie wird. *

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und unabhängig, ob man das in der Form richtig findet, ist es zunächst demokratisch legitimiert. Doch hat sich besonders in Hamburg gezeigt, wie sich die Staatsgewalt ihrer eigenen demokratischen Grundlagen entledigt.

Vorweg muss man sagen, dass wohl niemand in der Zeit des Gipfels freiwillig mit einem Polizisten die Rollen hätte tauschen wollen. „Ganz Hamburg hasst die Polizei“-Rufe waren omnipräsent.

Medienberichte über Polizisten zeigen, dass sie auf „Krawall gebürstet“ wurden. Schlafmangel, Dehydrierung und 48-Stunden Schichten bis zum körperlichen Zusammenbruch waren an der Tagesordnung. Auch Polizisten widerfuhr Gewalt - zudem vom Staat, den zu schützen sie angetreten waren.

Es gibt also rein menschlich nachvollziehbare Gründe, weswegen Fehler passiert sind. Dennoch war die Polizeigewalt in Hamburg nicht körperlichem und nervlichem Versagen Einzelner zuzuschreiben, sondern hatte System ohne Rechtsgrundlage.

Von niemandem lassen wir uns in unseren Freiheiten so beschneiden, wie von Poli-



Räumung einer Sitzblockade am Morgen des 07. Juli, Foto: Franziska Stier

zisten. Sie haben die gesellschaftliche Legitimation, uns Geld abzunehmen, uns zu durchsuchen, uns einzusperren und uns mit Knüppeln zu schlagen, mit Pfefferspray zu besprühen, mit Gummischrot zu beschliessen und uns im Zweifel sogar zu töten.

Diese Legitimation erhält sie, weil sie den Willen der Bevölkerung repräsentiert. Der Wille der Bevölkerung drückt sich aber nicht allein in Wahlen und Abstimmungen aus, sondern auch durch die Formen der Meinungsbildung. Dazu zählen in Verfassung und Grundgesetz beispielsweise die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit. Diese Grundrechte grossräumig einzuschränken ist mit dem Charakter einer fortschrittlichen Demokratie nicht vereinbar.

Mit den unzähligen Verstössen und der Gewalt, die in Hamburg dokumentiert wurden, enttarnt sich das Polizeiwesen ein Stück weit selbst und zeigt, dass es gegen seine eigene Legitimationsgrundlage vorgeht. Sie ist möglicherweise, wie Daniel Loick, in der Frankfurter Rundschau schreibt, „ein strukturelles Risiko für die Demokratie“.

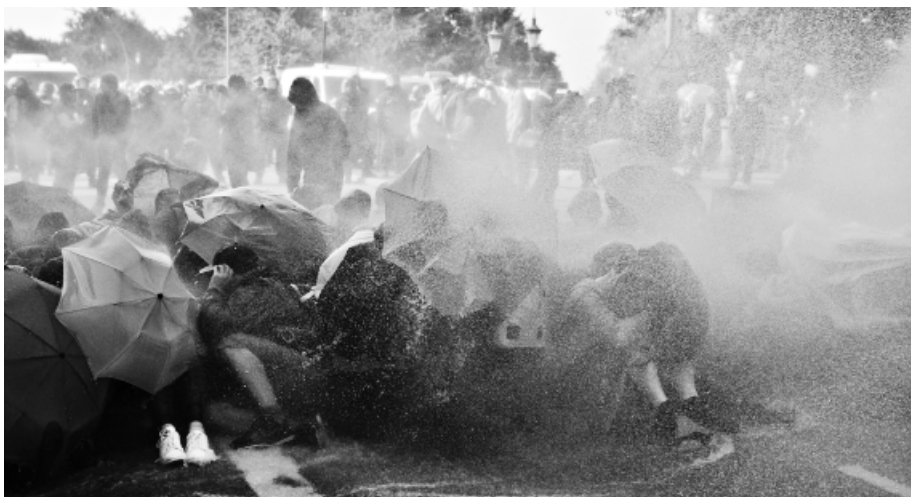
Um dieses Abnabeln von demokratischen Grundprinzipien zu verhindern, braucht es zumindest eine Kennzeichnungspflicht, die es Opfern von Polizeigewalt/Polizeiwillkür ermöglicht, Täter zu benennen. Aber auch die Schaffung unabhängiger, handlungsfähiger Beschwerdeinstanzen.

Doch statt diesen konstruktiven Vorschlägen nachzugehen, wird das Problem der Polizeigewalt gelehnet. Olaf Scholz erklärte dazu „Es hat keine Polizeigewalt gegeben und wer das sagt, ist ein Denunziant.“ Gleichzeitig diskutiert der Landtag Nordrhein Westfalens die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, weil dies Misstrauen schüre.

Auf diese Weise haben führende Politiker vor allem aus CDU/CSU und Sozialdemokratie allen Formen linken Widerstands gegen ihre Politik den Kampf mit allen Mitteln angesagt. Sie schrecken selbst vor Fake-News nicht zurück, um alles Solidarische, Widerständige mundtot zu machen.

**Entlehnt aus Daniel Loick „Die Polizei als Risiko für die Demokratie“ Frankfurter Rundschau 28.07.2017*

<http://www.fr.de/kultur/gewaltmonopol-die-polizei-als-risiko-fuer-die-demokratie-a-1321343>



Wasserwerfereinsatz gegen Sitzblockade am Morgen des 07. Juli in Hamburg, Foto: Franziska Stier



Franziska Stier

Ferien!

Ja, auch Grossrätinnen und Grossräte freuen sich auf die Sommerferien. Die letzten beiden Tage im Rat erinnerten sehr an den letzten Tag vor den Sommerferien in der Schule; die Reihen waren nicht mehr so gut besetzt, die Aufmerksamkeitsspanne etwas kürzer, die Gespräche draussen und drinnen schienen lockerer geführt zu werden als normalerweise, und der «Schwatzpegel» war deutlich höher als an normalen Grossrats-tagen. Auch beim Grossratspräsidenten schien die Ferienstimmung angekommen zu sein - er läutete die «seid doch ruhiger» Glocke» weniger als sonst, auch wenn er hin und wieder ein deutlich missbilligendes Kopfschütteln zeigte.

Manchmal bin ich immer noch erstaunt, welche Geschäfte viele Wortmeldungen oder Diskussionen auslösen und andere, von denen ich annehme, sie seien brisant, fast diskussionslos durchgewinkt werden.

Dieses Mal wurden die heftigsten Diskussion jedoch bereits vor den Sitzungstagen geführt: Der Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Neubesetzung der Ombudsstelle. Sehr schnell ist klar geworden, dass ein Teil der Grossrätinnen und Grossräte Vorbehalte gegenüber einer der vorgeschlagenen Personen hat und diese Wahl nicht unterstützen würde. Die Dis-

kussion wurde auch in den Medien geführt, und schliesslich wurde das Geschäft noch vor der Grossrats-sitzung von der Traktandenliste gestrichen, da sich die vorgeschlagene, aber kritisierte Person zurückgezogen hat.

Der Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung und der Mitbericht der BKK zu den staatlichen Museen wurde nicht von der Traktandenliste gestrichen, aber auch kaum kritisiert. Natürlich wollen bürgerliche Parteien, namentlich die SVP, tiefere Steuern, aber die Mehrheit der Fraktions-sprechenden stimmen der Rechnung kritisch zu und halten die (zum Teil kritisierten) Sozialausgaben zwar für überprüfenswert, aber die Unterstützung von Personen, die Hilfe brauchen, für notwendig.

In der Detailberatung hat unsere Fraktion pointiert zum BVD und ED Stellung bezogen und bei beiden Departementen sind es Themen, die von uns alle Jahre wieder bei der Jahresrechnung kritisiert werden. Beim BVD ist es der Infrastrukturstau, der von Michael Wüthrich moniert wird, und beim ED die Kürzung bzw. Einsparung von «nicht benötigten Geldern bei den verstärkten Massnahmen», deren Streichung im Wissen um die Probleme der Lehrpersonen im Umgang mit der Integration schwieriger

Kinder in Regelklassen, den Schwierigkeiten der Lehrpersonen in den Spezialangeboten und den mangelnden Hilfeleistungen als zynisch bezeichnet werden muss.

Nun hoffen wir beide, dass wir im nächsten Jahr unsere Voten nicht wieder mit «Alle Jahre wieder» überschreiben müssen



Beatrice Messerli, Grossrätin

SPONSORST DU NOCH ODER LÄUFST DU SCHON?

LAUF GEGEN GRENZEN

16. SEPTEMBER 2017
CLARAMATTE BASEL

LAUF AUCH DU!

Freiplatzaktion Basel LAUFGEGENGRENZEN.CH ANLAUFSTELLE FÜR SANS-PAPIERS

VERANSTALTUNG

Kurs: Moderne Rhetorik

Wann: 14. und 15. Oktober 2017

Ort: Gewerkschaftshaus

Die Zeit geht immer schneller, Informationen überfluten Menschen – aber: Mit packenden Bildern, Redeanfängen, die im Gedächtnis bleiben und dank neuer Erkenntnisse aus der Neurowissenschaft kann jede*r Debatten prägen, Menschen überzeugen und den eigenen Standpunkt klar machen.

Das zeigt dieses Seminar.

Das Seminar bietet theoretisches wie auch praktisches. Das heisst Übungen zur Kreativität mit Worten, anschaulicher Sprache und packenden Redeanfängen. Das praktische wird eingebettet in Informationen über das bewusste Rahmen von Debatten, Anwendung von Spannungsbögen in der eigenen Rhetorik.

Die Teilnehmenden brauchen keine Vorkenntnisse, nur Neugier auf das eigene Können und die persönliche Kreativität.

Es wird ein kleiner TeilnehmerInnenbeitrag erhoben.

Anfragen/Anmeldung:
Sekretariat@basta-bs.ch